



Antwort zur Anfrage Nr. 0740/2026 der SPD-Stadtratsfraktion betreffend **Digitale Souveränität bei der Landeshauptstadt Mainz (SPD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1.) Welchen strategischen Ansatz verfolgt die Verwaltung mit Blick auf die Stärkung der Digitalen Souveränität (u. a. offene Standards, Datenportabilität, Exit-Strategien, Open Source)?

Im Rahmen der Umsetzung der Organisationsuntersuchung zur Überprüfung und Neuausrichtung der Leistungserbringung im Bereich IT und Digitalisierung durch die PD – Berater der öffentlichen Hand - soll der Fokus auf strategische Themen gelegt werden. Mit Verstärkung der neuen Rollen und Aufgaben wird auch die Digitale Souveränität mit betrachtet. Ein Digitaler Score ist ein zusätzlicher Abwägungsfaktor neben der Wirtschaftlichkeit, Fachlichkeit und Sicherheit.

2.) Wie erfasst und bewertet die Verwaltung herstellerbedingte Abhängigkeiten (Vendor Lock-in) bei zentralen Systemen und Fachverfahren?

Bisher erfolgt keine Erfassung von herstellerbedingten Abhängigkeiten. Im Rahmen einer fachlichen Ausschreibung werden Verträge geschlossen, die gegen Ende der Vertragslaufzeit geprüft werden

3.) Welche Prozesse bestehen, um Änderungen von Lizenz- und Preismodellen frühzeitig zu erkennen, finanziell zu bewerten und zu steuern?

Mit erfolgter Vergabe eines Auftrages und Abschluss eines Vertrages über die Nutzung einer Software bzw. deren Kauf gelten die Mindestnutzungszusagen des Softwareherstellers bzw. die in einem Vertrag festgehaltene Mindestlaufzeit. Dem Softwarehersteller bleibt es jedoch unbenommen, mit Ablauf der Bindung, andere Lizenz- oder Preismodelle anzubieten. Eine finanzielle Bewertung solcher evtl. neuer Modelle ist der Verwaltung erst mit Bekanntgabe durch den Hersteller möglich.

4.) Inwiefern werden bei Neuvergaben bzw. Vertragsverlängerungen verbindlich Anforderungen wie offene Standards, dokumentierte Schnittstellen, Datenexport/-portabilität und ein Exit-/Migrationskonzept eingefordert und in der Bewertung gewichtet?

Bisher beinhalten die den Ausschreibungen/Vergaben zugrundeliegenden Leistungsverzeichnisse im Wesentlichen fachliche und technische Anforderungen. Darunter fallen auch Vorgaben zu erforderlichen Schnittstellen und notwendigen Datenexporten. Ziel ist, der Verwaltung Software sicher zur Verfügung zu stellen, mit der ihre Arbeit qualitativ unterstützt wird. Offene Standards und Exit-/Migrationskonzepte werden in der Regel nicht ver-

bindlich gefordert, da dadurch in vielen Fällen die Gefahr besteht, überhaupt keine oder keine fachlich oder technisch geeigneten Angebote zu erhalten.

5.) Beabsichtigt die Verwaltung, den Score für Digitale Souveränität auch in Mainz anzuwenden und

a) bestehende Systeme dahingehend zu prüfen und

b) bei Neuanschaffungen diesen als verbindliches Kriterium heranzuziehen?

Siehe Antwort zu Frage 1

6.) Besteht – insbesondere mit Blick auf einseitige Änderungen von Lizenzmodellen einzelner Softwareprodukte – ein Austausch bzw. eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Kommunen (z. B. gemeinsames Agieren gegenüber Herstellern, gebündelte Verhandlungen, Austausch zu Alternativen einschließlich der Erarbeitung von Migrationspfaden und Exit-Strategien)? Ist dieser Austausch beispielsweise über den Deutschen Städtetag und/oder VITAKO institutionalisiert?

Die Fachbereiche der Verwaltung sind teilweise zu einzelnen Produkten mit anderen Kommunen in Anwenderbeiräten organisiert, in denen Informationsaustausch stattfindet und fachliche Anforderungen gegenüber den Herstellern formuliert werden. Dies betrifft in der Regel Anwendungen, die landesweit genutzt werden. Im Rahmen von Arbeitskreisen des rheinland-pfälzischen oder des Deutschen Städtetages werden von den Kommunen auch jeweils aktuell im Interesse stehende, allgemeine Themen besprochen.

Auf technischer Basis finden zu einzelnen Anwendungen Austausche der KDZ mit anderen Rechenzentren, z. B. über den ZIDKOR oder die VITAKO statt. Das abgestimmte Vorgehen mehrerer Kommunen hat im Einzelfall – gegenüber kleineren Softwarehäusern – auch zu besseren Verhandlungsergebnissen bei Preis-/Lizenzmodellen geführt.

Mainz, 29. April 2026

gez.

Nino Haase

Oberbürgermeister